SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Aktuelle Bedeutung und Perspektiven rechtsextremer Parteien in Deutschland

Steglich, Henrik

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Steglich, H. (2010). Aktuelle Bedeutung und Perspektiven rechtsextremer Parteien in Deutschland. *Totalitarismus und Demokratie*, *7*(1), 15-38. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-321761

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Aktuelle Bedeutung und Perspektiven rechtsextremer Parteien in Deutschland

Henrik Steglich

Dr. Henrik Steglich, geb. 1978 in Görlitz, Politikwissenschaftler und freier Autor (Anschrift: Adolfstraße 31, 65232 Taunusstein). Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der Technischen Universität Dresden. 2009 Promotion an der TU Dresden. 2006–2008 Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung.

Abstract

In Germany, right-wing extremist parties stay to be a marginal phenomenon. The only party of at least regional significance is the NPD. In the newly formed German states it acts somewhat successfully and has achieved seats in two federal parliaments. In East Germany the framework conditions for the extreme right wing are more favourable than in West Germany, and the NPD pursues a strategy which is adjusted to these conditions.

I. Einleitung

Die Wahlen des Jahres 2009 haben die wichtigsten Befunde zu rechtsextremen Parteien im vereinten Deutschland erneut bestätigt: Bundesweit haben Gruppierungen dieses Spektrums kaum eine Bedeutung, in regionalen Hochburgen entfalten sie aber gelegentlich eine bemerkenswerte Stärke. Vereinzelt kann die extreme Rechte in der Bundesrepublik durchaus Achtungserfolge erringen, eine kontinuierliche Verankerung gelingt ihr aber nicht. Weder bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 noch bei der zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009 kam eine rechtsextreme Gruppierung auch nur in die Nähe der 5-Prozent-Hürde (siehe Tabellen 1 und 3). Gerade bei der Europawahl zeigte sich, dass die deutschen Rechtsaußenparteien im europäischen Vergleich schwach sind. Während die Vertreter rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern zu den Gewinnern der Wahl zählten, verlor die am stärksten abschneidende deutsche Gruppierung, die Partei der Republikaner (REP), mit etwa 1,3 Prozent der Stimmen gegenüber 2004 (1,9 Prozent) nochmals an Zustimmung und blieb bedeutungslos.

Im Folgenden werden die aktuelle Situation und die Perspektiven der rechtsextremen Parteien in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern, analysiert. Hierzu sind zunächst die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 2009 kurz darzustellen (Abschnitt II). Zu behandeln sind dabei neben der Bundestags- und der Europawahl die Landtagswahlen in Hessen, Thüringen, Sachsen,

Totalitarismus und Demokratie, 7 (2010), 15–38, ISSN 1612–9008
© Vandenhoeck & Ruprecht GmbH und Co. KG, Göttingen 2010

Brandenburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland. In der Gesamtschau zeigen alle diese Wahlen, dass es ein deutliches Ost-West-Gefälle hinsichtlich der Zustimmung zur extremen Rechten gibt. Danach werden mögliche Ursachen für die aktuelle Situation der deutschen Rechtsaußenparteien erörtert (Abschnitt III). Hierbei sind Rahmenbedingungen und das Agieren der Akteure selbst zu unterscheiden. Schließlich folgen eine Bewertung der Perspektiven der rechtsextremen Parteien in Deutschland (Abschnitt IV) und ein kurzes Resümee (Abschnitt V).

Der Beitrag dient der Beantwortung folgender Fragen: Wie stark sind rechtsextreme Parteien in Deutschland derzeit? Worin liegen die Ursachen für diese Stärke/Schwäche? Welche Rolle spielen dabei äußere Umstände bzw. welche Bedeutung kommt den Eigenschaften und Strategien der agierenden Parteien selbst zu? Wie sind vor diesem Hintergrund die Perspektiven der extremen Rechten in Deutschland zu bewerten?

Als rechtsextreme Parteien oder (synonym) Rechtsaußenparteien werden hier jene Gruppierungen bezeichnet, die inhaltlich/programmatisch die „klassischen" Themen der extremen Rechten bedienen.[1] Hierbei handelt es sich einerseits um Elemente des Nationalismus bzw. Rassismus, andererseits um solche der Demokratiefeindschaft oder des Populismus.[2] Mit der ersten Merkmalsgruppe wird erfasst, dass in allen Konzepten der extremen Rechten ein scharfer Gegensatz zwischen einer „In-Group" und einer „Out-Group" konstruiert wird. Als „In-Group" wird bei den meisten heutigen Vertretern der extremen Rechten eine entweder ethnisch oder kulturell definierte Nation angesehen. Als „Out-Group" gelten in erster Linie Zuwanderer. Die zweite Merkmalsgruppe charakterisiert die Rechtsaußenparteien als Gegner der etablierten demokratischen

1 Die Suche nach dem weltanschaulichen Kern der extremen Rechten hat unterschiedliche Ergebnisse zutage gefördert, die jedoch immer um dieselben Themen kreisen. Vgl. hierzu Cas Mudde, Right-Wing Extremism Analyzed: A Comparative Analyse of the Ideologies of three Alleged Right-Wing Extremist Parties (NPD, NDP, CP'86). In: European Journal of Political Research, 27 (1995), S. 203–224 sowie ders., The Ideology of the Extreme Right, Manchester 2000.

2 Vgl. z. B. Hans-Georg Betz, The Growing Threat of the Radical Right. In: Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hg.), Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century, 2nd ed. London/Portland 2003, S. 74–93; Hans-Georg Betz/Carol Johnson, Against the Current – Stemming the Tide: The Nostalgic Ideology of the Contemporary Radical Populist Right. In: Journal of Political Ideologies, 9 (2004) 3, S. 311–327; Jens Rydgren, The Populist Challenge: Political Protest and Ethno-Nationalist Mobilization in France, 1st paperback edition New York/Oxford 2004, S. 131–225; Hans-Georg Betz, Postmoderne Politik von rechts. Die identitätspolitische Herausforderung rechtspopulistischer Parteien in Europa. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa, Berlin 2005, S. 9–16; Jens Rydgren, Is the Extreme Right-Wing Populism Contagious? Explaining the Emergence of a New Party Family. In: European Journal of Political Research, 44 (2005), S. 413–437; Terry Givens, Voting Radical Right in Western Europe, Cambridge 2005, S. 19–21; Jens Rydgren, The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology, 33 (2007), S. 241–262, hier 242–247.

Kräfte. Hier lässt sich ein breites Spektrum beobachten. Es reicht von Parteien, welche die Demokratie an sich nicht angreifen, aber die Legitimität der etablierten Eliten in Frage stellen, bis zu solchen, die selbst minimale demokratische Prinzipien wie die Volkssouveränität nicht anerkennen.

In Deutschland zählen zu diesem Spektrum die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) sowie die Republikaner (REP). Diese drei Parteien sind in den letzten Jahren kontinuierlich in Erscheinung getreten und haben regelmäßig, mit wechselhaftem Erfolg, an Wahlen teilgenommen. Neben ihnen existiert eine Vielzahl an Kleingruppierungen des rechtsextremen Lagers, die gelegentlich auch zu Wahlen antreten.

II. Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in Deutschland 2009

1. Europawahl am 7. Juni 2009

Zur Europawahl traten in Deutschland aus dem Spektrum der rechtsextremen Parteien die Republikaner (REP), die Deutsche Volksunion (DVU) sowie die Gruppierung „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung“ (Volksabstimmung) an. Für alle drei Parteien war das Ergebnis der Wahl enttäuschend. REP und Volksabstimmung mussten gegenüber der Europawahl des Jahres 2004 einen Stimmenrückgang verzeichnen. Die DVU, die zuletzt 1989 zur Wahl zum Europäischen Parlament angetreten war, blieb weit hinter den eigenen Erwartungen zurück: Mit etwa 0,4 Prozent der Stimmen gelang es ihr nicht einmal, die Hürde zum Erreichen der staatlichen Parteienfinanzierung zu überspringen (0,5 Prozent).

Regional lassen sich durchaus Unterschiede in der Zustimmung zu den Rechtsaußenparteien feststellen. Generell schneiden sie in den ostdeutschen Bundesländern besser ab als in den westdeutschen. Die REP sind in ihren früheren süddeutschen Hochburgen stärker als im Norden, und die DVU erzielt in

Tabelle 1: Ergebnisse rechtsextremer Parteien in Deutschland bei den Europawahlen 2009 und 2004

	2009		2004	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
REP	347 887	1,32	485 662	1,88
DVU	111 695	0,42	nicht angetreten	nicht angetreten
Volksabstimmung	69 656	0,26	135 015	0,52

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Bundeswahlleiters (http://www.bundeswahlleiter.de).

Tabelle 2: Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien bei der Europawahl 2009 in den Bundesländern

Bundesland	REP	DVU	Volksabstimmung
Baden-Württemberg	1,93	0,22	0,33
Bayern	1,28	0,25	0,17
Berlin	0,93	0,56	0,23
Brandenburg	0,74	1,70	0,32
Bremen	0,47	0,69	0,22
Hamburg	0,35	0,36	0,17
Hessen	1,24	0,23	0,27
Mecklenburg-Vorpommern	1,36	1,00	0,40
Niedersachsen	0,65	0,31	0,22
Nordrhein-Westfalen	0,96	0,28	0,22
Rheinland-Pfalz	1,97	0,22	0,26
Saarland	0,70	0,37	0,24
Sachsen	2,58	1,15	0,43
Sachsen-Anhalt	1,23	1,03	0,32
Schleswig-Holstein	0,38	0,36	0,18
Thüringen	2,22	0,84	0,50
Deutschland gesamt	1,32	0,42	0,26

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Bundeswahlleiters (http://www.bundeswahlleiter.de).

Brandenburg, wo sie zum Zeitpunkt der Wahl noch mit einer Fraktion im Landtag vertreten war, ihr bestes Ergebnis. Dieses Verteilungsmuster war zu erwarten. Die extreme Rechte gelangte in keinem Bundesland in die Nähe der 5-Prozent-Hürde. Am stärksten schnitt sie in Sachsen ab, wo sich die Stimmenanteile der drei Rechtsaußenparteien auf etwa 4,2 Prozent summierten. In Hamburg und Schleswig-Holstein erreichten REP, DVU und Volksabstimmung zusammen hingegen nicht einmal ein Prozent der Stimmen.

2. Bundestagswahl am 27. September 2009

Zur Bundestagswahl traten NPD, REP, DVU sowie Volksabstimmung an. Allerdings gelang es nur der NPD, in allen Bundesländern Landeslisten auf den Wahlzettel zu bringen. Die anderen Parteien konnten lediglich in einem Teil der Länder die hierfür notwendigen Unterstützungsunterschriften vorlegen. NPD und

Tabelle 3: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005

	2009		2005	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	635 525	1,47	748 568	1,58
REP	193 396	0,45	266 101	0,56
DVU	45 752	0,11	nicht angetreten	nicht angetreten
Volksabstimmung	23 015	0,05	9 643	0,02

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Bundeswahlleiters (http://www.bundeswahlleiter.de).

REP verloren gegenüber der Bundestagswahl 2005 an Zustimmung. Für die REP war dies besonders schmerzlich, weil sie diesmal unterhalb der 0,5-Prozent-Hürde landeten und damit für die laufende Legislaturperiode aus der staatlichen Parteienfinanzierung herausfallen. DVU und Volksabstimmung blieben mit 0,1 bzw. 0,05 Prozent Zustimmung völlig bedeutungslos. Insgesamt hat das rechtsextreme Lager gegenüber der Bundestagswahl 2005 etwa 140 000 Stimmen verloren.

Die regionale Verteilung der Wählerschaft der extremen Rechten weist bei der Bundestagswahl zum Teil ähnliche Muster wie bei der Europawahl auf. Wiederum war die Zustimmung zu den Rechtsaußenparteien in den neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten. Das gilt insbesondere für die NPD. Sie erzielte ihr bestes Ergebnis in Sachsen mit knapp vier Prozent und ihr schlechtestes in Hamburg und Nordrhein-Westfalen mit jeweils etwa 0,9 Prozent. Die REP erreichten nur im Südwesten, d. h. in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen, Stimmenanteile über 0,5 Prozent. Die DVU scheiterte flächendeckend, in Brandenburg erzielte sie zumindest ein Ergebnis in der Nähe der 1-Prozent-Marke. Die Splittergruppe Volksabstimmung trat nur in zwei Bundesländern überhaupt zur Wahl an und konnte keine nennenswerte Zahl von Wählern für sich gewinnen.

3. Landtagswahlen

2009 wurden sechs Landtage neu gewählt. Den Anfang machte am 18. Januar Hessen, wo eine vorgezogene Wahl aufgrund unklarer Mehrheitsverhältnisse nach dem Urnengang vom Januar 2008 anstand. Hier traten NPD und REP in Konkurrenz zueinander an und scheiterten beide. Die NPD blieb wie im Vorjahr knapp unterhalb von einem Prozent Zustimmung, die REP verloren gegenüber 2008 fast die Hälfte ihrer Wähler und kamen nur noch auf einen Stimmenanteil

Tabelle 4: Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 in den Bundesländern

Bundesland	NPD	REP	DVU	Volksabstimmung
Baden-Württemberg	1,13	0,89	0,06	0,25
Bayern	1,32	0,82	0,05	nicht angetreten
Berlin	1,61	0,34	0,13	nicht angetreten
Brandenburg	2,55	0,22	0,94	nicht angetreten
Bremen	1,07	0,30	0,17	nicht angetreten
Hamburg	0,87	nicht angetreten	0,13	nicht angetreten
Hessen	1,13	0,61	0,08	nicht angetreten
Mecklenburg-Vorpommern	3,25	0,18	nicht angetreten	nicht angetreten
Niedersachsen	1,22	nicht angetreten	0,10	nicht angetreten
Nordrhein-Westfalen	0,94	0,32	0,08	0,10
Rheinland-Pfalz	1,19	0,83	0,08	nicht angetreten
Saarland	1,27	nicht angetreten	nicht angetreten	nicht angetreten
Sachsen	3,98	0,32	nicht angetreten	nicht angetreten
Sachsen-Anhalt	2,21	nicht angetreten	0,29	nicht angetreten
Schleswig-Holstein	0,98	nicht angetreten	0,11	nicht angetreten
Thüringen	3,22	0,35	nicht angetreten	nicht angetreten
Deutschland gesamt	1,47	0,45	0,11	0,05

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Bundeswahlleiters (http://www.bundeswahlleiter.de).

Tabelle 5: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Landtagswahl 2009 in Hessen

	2009		2008	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	22 172	0,86	24 004	0,88
REP	15 664	0,60	27 724	1,01

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes (http://www.statistik-hessen.de).

von 0,6 Prozent. Für die REP bedeutet dieses Ergebnis den Verlust einer ihrer letzten Hochburgen. Jahrelang hatte die Partei in Hessen über eine stabile kommunalpolitische Basis verfügt und überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt. Ihr Fall unter die 1-Prozent-Hürde bei der Landtagswahl 2009 dürfte die letzte Phase des Niedergangs der REP auch in Hessen einläuten. Die NPD ist in Hessen hingegen seit vielen Jahren schwach, ihr schlechtes Abschneiden mithin wenig überraschend.

Zeitgleich am 30. August 2009 fanden die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und dem Saarland statt. Die Ergebnisse für die extreme Rechte fielen dabei recht unterschiedlich aus. Deutlich geschwächt wurde sie im Saarland. Hier trat 2009 nur die NPD an, die 2004 noch (eine äußerst schwache) Konkurrenz durch die Deutsche Partei (DP) hatte. Gegenüber ihrem Ergebnis bei der vorangegangenen Wahl fiel die NPD diesmal erheblich zurück. Mit fast vier Prozent Stimmenanteil war sie 2004 erstmals seit vielen Jahren in einem westdeutschen Bundesland zumindest in die Nähe eines Landtagseinzugs gekommen. Ihr

Tabelle 6: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Landtagswahl 2009 im Saarland

	2009		2004	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	8 099	1,51	17 590	3,98

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben der Landeswahlleiterin des Saarlands (http://www.statistikextern.saarland.de/wahlen/wahlen/2009/internet_saar).

Ergebnis des Jahres 2004 zeigt, dass eine derartige Etablierung der Partei im Westen derzeit nicht in Sicht ist.

In Sachsen ging es für die NPD um den Wiedereinzug in den Landtag. Und tatsächlich gelang ihr dieses Novum ihrer Parteiengeschichte. Sie verteidigte ihre wichtigste Hochburg und stellt erneut eine Fraktion im sächsischen Landtag. Allerdings musste sie dabei empfindliche Verluste hinnehmen. Die Zahl ihrer Wähler halbierte sich fast. Damit bleibt Sachsen zwar das Bundesland, in dem

Tabelle 7: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Landtagswahl 2009 in Sachsen

	2009		2004	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	100 834	5,61	190 909	9,18
REP	3 346	0,19	nicht angetreten	nicht angetreten
DSU[3]	3 036	0,17	11 133	0,54
SVP[4]	4 401	0,24	nicht angetreten	nicht angetreten
FP Deutschlands[5]	1 535	0,09	nicht angetreten	nicht angetreten

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Statistischen Landesamts Sachsen (http://www.statistik.sachsen.de).

die NPD am erfolgreichsten agiert. Es zeigt sich jedoch auch, dass sich die Partei dort keineswegs auf einem kontinuierlichen Vormarsch befindet. Ihre beherrschende Stellung innerhalb des rechtsextremen Parteienspektrums hat sie in Sachsen dennoch klar behauptet. Weder die REP noch die sonstigen angetretenen Gruppierungen konnten die Dominanz der NPD auch nur ansatzweise gefährden.

In Thüringen strebte die NPD ebenfalls den Einzug in den Landtag an. Sie scheiterte mit diesem Vorhaben relativ knapp. Der von ihr erreichte Stimmenanteil von etwa 4,3 Prozent bedeutete zwar eine deutliche Steigerung gegenüber dem Ergebnis von 2004, war gemessen an ihrem Ziel aber enttäuschend. Ernüchternd fiel der Wahlabend erneut für die REP aus. Die Partei erlitt auch in Thüringen eine klare Niederlage. Die Zahl ihrer Wähler reduzierte sich auf ein Viertel derer, die noch 2004 für die REP gestimmt hatten.

In Brandenburg wurde der Landtag zeitgleich mit dem Bundestag am 27. September gewählt. Hier war eine besonders interessante Konstellation anzutreffen, weil erstmals seit mehreren Jahren NPD und DVU wieder in direkte Konkurrenz zueinander traten. Die NPD hatte im Sommer 2009 den sogenannten „Deutschlandpakt" gekündigt, auf den sie sich 2005 mit der DVU verständigt hatte. In diesem Abkommen hatten die beiden Parteien verabredet, welche von ihnen jeweils zu bestimmten Wahlen antreten bzw. auf eine Kandidatur verzich-

3 DSU = Deutsche Soziale Union. Konservative Parteigründung der Wendejahre, die sich im Laufe der Zeit weiter nach Rechtsaußen bewegt hat.

4 SVP = Sächsische Volkspartei. Parteigründung eines NPD-Abweichlers, der 2005 die Landtagsfraktion der sächsischen NPD verlassen hat.

5 FP Deutschlands = Freiheitliche Partei Deutschlands. Rechtsextreme Splittergruppe ohne nennenswerte Strukturen.

Tabelle 8: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Landtagswahl 2009 in Thüringen

	2009		2004	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	45 401	4,31	15 695	1,55
REP	4 587	0,44	19 797	1,96

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik (http://www.wahlen.thueringen.de/WahlSeite.asp).

ten sollte. Die Beendigung dieses Bündnisses gerade vor der Wahl in Brandenburg war für die DVU denkbar ungünstig. In diesem Bundesland ging es für die Partei um ihre letzte Landtagsfraktion. Seit 1999 saßen DVU-Parlamentarier im Brandenburger Landtag. Der Wahlantritt der NPD verringerte die Chancen auf einen Wiedereinzug erheblich. Tatsächlich scheiterte die DVU mehr als deutlich: Sie kam gerade noch auf einen Stimmenanteil von etwas über einem Prozent. Die NPD erhielt die Zustimmung von etwa doppelt so vielen Wählern, war damit von einem Einzug in den Landtag aber ebenfalls weit entfernt. Die REP blieben auch bei dieser Wahl eine Randerscheinung. Mit der Landtagswahl in Brandenburg 2009 steht wieder einmal ein Paradebeispiel für die These zur Verfügung, dass die Unfähigkeit der deutschen rechtsextremen Parteien, zu Erfolgen zu kommen, maßgeblich durch die Zersplitterung und Zerstrittenheit dieses Spektrums bedingt ist.

Tabelle 9: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Landtagswahl 2009 in Brandenburg

	2009		2004	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	35 401	2,55	nicht angetreten	nicht angetreten
DVU	16 380	1,18	71 041	6,08
REP	3 178	0,23	nicht angetreten	nicht angetreten

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Landeswahlleiters Brandenburg (http://www.wahlen.brandenburg.de).

In Schleswig-Holstein konnte keine derartige Konkurrenzsituation für das Scheitern der extremen Rechten verantwortlich gemacht werden. Hier trat am 27. September 2009 nur die NPD an. Die Partei musste eine Halbierung ihrer Wählerzahl und das Fallen unter die 1-Prozent-Hürde hinnehmen.

Tabelle 10: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Landtagswahl 2009 in Schleswig-Holstein

	2009		2005	
Partei	Stimmen absolut	Stimmenanteil	Stimmen absolut	Stimmenanteil
NPD	14 977	0,94	27 676	1,93

Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des Statistischen Amts für Hamburg und Schleswig-Holstein (http://www.statistik-sh.de/WSD09/index.htm).

4. Bilanz

Die Landtagswahlen bestätigen die Befunde, die sich aus der Betrachtung der Ergebnisse von Bundestagswahl und Europawahl ergeben. Rechtsextreme Parteien sind in Deutschland insgesamt eher schwach, schneiden in Ostdeutschland aber deutlich besser ab als in Westdeutschland. Im Einzelnen sind die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 2009 für alle Parteien des rechtsextremen Spektrums ernüchternd: Die NPD, welche sich in den letzten Jahren im Aufwärtstrend befand, kann nicht mehr weiter zulegen, sondern muss teilweise sogar Verluste hinnehmen. Nur der knapp erreichte Wiedereinzug in den sächsischen Landtag lässt die Bilanz des Wahljahres für die Partei halbwegs befriedigend erscheinen. 2009 hat sich zwar erneut gezeigt, dass sie in Ostdeutschland ein nicht ganz unbedeutendes Wählerpotential hat. Der von ihr erhoffte Einzug in weitere Landtage blieb aber aus. In Westdeutschland ist die NPD weiterhin chancenlos. Die DVU wurde 2009 fast schon vernichtend geschlagen. Sie verlor in Brandenburg ihre letzte Landtagsfraktion. Bei Bundestags- und Europawahl blieb sie unterhalb der Hürde zur Erreichung der Parteienfinanzierung. Bei den REP setzte sich das Wegbrechen der letzten Hochburgen fort. In Hessen, wo sie in den 1990er Jahren landesweit kommunal verankert war und einen starken Landesverband hatte, ist sie mittlerweile sogar hinter die dort schon äußerst schwache NPD zurückgefallen. Einen Anspruch auf bundesweite Relevanz können die REP ebenfalls kaum noch einlösen. Neue Rechtsaußenparteien mit dem Potential für künftige Erfolge haben sich 2009 nicht gezeigt.

Drei Aspekte der Ergebnisse des Wahljahres 2009 erscheinen besonders erklärungsbedürftig. Erstens ist zu fragen, warum die extreme Rechte in Deutschland generell eher schwach ist. Zweitens sind die Ursachen für die deutlichen Unterschiede in der Zustimmung zu Parteien dieses Spektrums in Ost und West aufzudecken. Drittens soll erörtert werden, weshalb gerade die NPD als die radikalste Rechtsaußenpartei sich gegenüber eher gemäßigten wie z. B. den REP durchsetzen konnte. Im Folgenden werden mögliche Erklärungsansätze für diese Phänomene diskutiert. Zunächst sind dabei die Rahmenbedingungen für Erfolg und Misserfolg der extremen Rechten in den Blick zu nehmen. Anschließend ist darzulegen, welche Voraussetzungen auf Seiten der Rechtsaußenparteien selbst zu ihrem Abschneiden beitragen.

III. Erklärungsansätze

1. Rahmenbedingungen

Die relative Schwäche der deutschen Rechtsaußenparteien ist zuallererst mit der Ausprägung der politischen Kultur in der Bundesrepublik zu erklären. Die extreme Rechte wird in Deutschland konsequent ausgegrenzt und auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft bekämpft.[6] Als hemmend für ihre Erfolgsaussichten erweist sich insbesondere die historische Belastung durch den Nationalsozialismus. Die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit gehört zu den wichtigsten Quellen des Selbstverständnisses der heutigen Bundesrepublik.[7] Dementsprechend erfahren alle politischen Bestrebungen von rechtsaußen eine gesellschaftliche Ächtung. Dieses Prinzip ist auch in der deutschen Medienlandschaft fest verankert. Die Berichterstattung deutscher Journalisten über Positionen und Personen der extremen Rechten wird sehr häufig von der Prämisse getragen, etwas zur Bekämpfung dieser Erscheinungen beitragen zu müssen.[8] Aufgrund dessen haben Rechtsaußenparteien in Deutschland ein erhebliches Problem mit dem Zugang zu medialen Ressourcen. Eine wichtige Folge dieser gesellschaftlichen Stigmatisierung ist die faktische Unmöglichkeit für die extre-

6 Vgl. Uwe Backes, Ist ein Ende der Mobilisationsschwäche deutscher Rechtsparteien in Sicht? In: Hans Zehetmair (Hg.), Das deutsche Parteiensystem: Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 198–212; David Art, Reacting to the Radical Right: Lessons from Germany and Austria. In: Party Politics, 13 (2007) 3, 2007, S. 331–349; Uwe Backes, Die Faszination des Nationalsozialismus und der Rechtsextremismus im Nachkriegsdeutschland. In: Günter Gehl (Hg.), Kriegsende 1945 – Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Weimar 2006, S. 43–56.

7 Vgl. Wolfgang Bergem, Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik. In: Wolfgang Bergem (Hg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 81–104.

8 Vgl. Peter Widmann, Die Aufklärungsfalle: Wem der Entlarvungsjournalismus nutzt. In: Wolfgang Benz (Hg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt a. M. 2000, S. 151–166; Thomas Pfeiffer/Kerstin Jansen/Tim Stegmann/Sandra Tepper, Vom Aufstand der anständigen Presse: Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen. In: Christoph Butterwegge (Hg.), Themen der Rechten – Themen der Mitte: Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 267–288; Peter Widmann, Entscheidungsschlachten am Bildschirm: Extremistische Provokateure und journalistische Routinen. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Band 14, Berlin 2005, S. 99–109; Britta Schellenberg, Rechtsextremismus und Medien. In: APuZ, 55 (2005) 42, S. 39–45. Besonders deutlich wird diese Intention in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Berichterstattung über Rechtsextremismus im öffentlich rechtlichen Fernsehen: „Das Engagement der Journalisten gegen Rechts ist umfassend.“, Ekkehardt Oehmichen/Imme Horn/Sylvia Mosler, Rechtsextremismus und Fernsehen: Inhalts- und Rezeptionsanalysen der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 1: Ergebnisse der Recherche Gütersloh 2005, S. 146–207, hier 160.

me Rechte, als Koalitionspartner in eine Regierung eintreten zu können. Es erscheint ausgeschlossen, dass Parteien wie NPD, DVU und REP auf absehbare Zeit eine Perspektive auf einen Status wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die italienische Lega Nord (LN) oder die polnische Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (Selbstverteidigung der Polnischen Republik, SRP), die in ihren Heimatländern zeitweise mitregieren konnten, erhalten.

Die stark ausgeprägte gesellschaftliche Ächtung der extremen Rechten geht mit einem relativ hohen Druck von staatlicher Seite einher. Er beruht auf dem Konzept der „streitbaren Demokratie" mit Möglichkeiten wie Parteienverbot, der juristischen Einschränkungen der Meinungsfreiheit (§86 sowie §130 StGB) sowie des Versammlungsrechts (vgl. VersG), der Nicht-Beschäftigung von Anhängern entsprechender Parteien im öffentlichen Dienst („Radikalenerlass") sowie der Einrichtung des Verfassungsschutzes.[9] Eine wichtige Rolle für die Erfolglosigkeit von Rechtsaußenparteien in Deutschland dürfte ferner die Integrationskraft der gemäßigten Rechten spielen. CDU und CSU haben es bislang immer wieder vermocht, breite Wählerschichten des rechten Lagers für sich zu gewinnen. Die etablierten Parteien insgesamt haben durch das Aufgreifen der Asylfrage in den 1990er Jahren beispielsweise den REP den Wind aus den Segeln genommen und damit erheblich zum Niedergang dieser Partei beigetragen.[10]

Die aktuelle Schwäche der extremen Rechten in Deutschland dürfte zudem eng mit der gegenwärtigen Stärke ihres populistischen Gegenparts auf der anderen Seite des politischen Spektrums zusammenhängen. Die Partei Die Linke bindet derzeit einen erheblichen Teil des Protestwählerpotentials. Die bei ihr abge-

9 Dies gilt allerdings nur für einen Teil der Rechtsaußenparteien, nämlich jene, die als rechtsextremistisch gelten, weil sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgerichtet sind. Zur wehrhaften/streitbaren Demokratie vgl. Eckhard Jesse, Streitbare Demokratie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: Eine umstrittene Konzeption zwischen Kontinuität und Wandel. In: Konrad Löw (Hg.), Terror und Extremismus in Deutschland: Ursachen, Erscheinungsformen, Wege zur Überwindung, Berlin 1994, S. 11–27; Hans-Gerd Jaschke, Die Zukunft der „streitbaren Demokratie". In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004), S. 109–123. Zum Instrument des Verfassungsschutzes im Umgang mit rechtsextremistischen Parteien vgl. Uwe Backes, Probleme der Beobachtungs- und Berichtspraxis der Verfassungsschutzämter – am Beispiel von REP und PDS. In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Bundesamt für Verfassungsschutz: 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 213–231; Backes, Ende der Mobilisationsschwäche, S. 209 f.; Michael Minkenberg, Repression und Repressionswirkungen auf rechtsradikale Akteure. In: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hg.), Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 303–324. Zu den Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf die Mobilisierung der extremen Rechten in Deutschland vgl. Ruud Koopmans, Dynamics of Repression and Mobilization: The German Extreme Right in the 1990s. In: Mobilization, 2 (1997) 2, S. 149–165.

10 Vgl. Backes, Ende der Mobilisationsschwäche, S. 211; Frank Decker, Parteien unter Druck: Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000, S. 165 f.

gebenen Stimmen fehlen den rechtsextremen Parteien, die eben auch zu einem erheblichen Teil ein Protestventil sind.

Trotz dieser bundesweit geltenden Rahmenbedingungen, die Erfolge für Rechtsaußenparteien in Deutschland grundsätzlich erschweren, variiert die Zustimmung zur extremen Rechten erheblich. Wie oben gezeigt, gibt es insbesondere ein deutliches Ost-West-Gefälle. Auch für dieses Phänomen lassen sich ursächliche Kontextfaktoren identifizieren. Sie hängen im Wesentlichen mit dem Umstand zusammen, dass Ostdeutschland sich in einem Transformationsprozess befindet: Der Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen System wurde formal bereits vor 20 Jahren vollzogen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterscheiden sich in den neuen Bundesländern zum Teil aber noch immer erheblich von denen in den alten.

Ein wesentlicher, die extreme Rechte begünstigender Faktor ist die schwächere Verankerung demokratischer Überzeugungen und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Eines der bekanntesten Argumente in diesem Zusammenhang lautet, die autoritäre Prägung durch die DDR habe in den neuen Bundesländern einen guten Resonanzboden für extremistische oder auch fremdenfeindliche Positionen hinterlassen.[11] Hinzu kommt, dass demokratische Strukturen in Ostdeutschland schwächer ausgeprägt sind. Dies kann als wichtige Ursache dafür angesehen werden, dass Rechtsaußenparteien bessere Erfolgsbedingungen vorfinden.[12] Beispielsweise haben die etablierten demokratischen Parteien in den neuen Bundesländern kaum noch den Charakter von Volksparteien, hierfür fehlen ihnen Mitgliederdichte und Organisationsgrad.[13] Hier bietet sich ein Einfallstor für die extreme Rechte.[14] Ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen noch immer in Bezug auf die ökonomische Lage und die damit einhergehende soziale (Un-)Zufriedenheit. Die (empfundenen) sozialen und ökonomischen Missstände schüren das Misstrauen gegenüber dem politischen

11 Vgl. Gerhard Lindemann, Ostdeutsche Wurzeln rechtsextremer Tendenzen. In: Gerhard Besier/Katarzyna Stoklosa (Hg.), Lasten diktatorischer Vergangenheit – Herausforderungen demokratischer Gegenwart: Zum Rechtsextremismus heute, Berlin 2006, S. 175–194; Patrice G. Poutrus/Jan C. Behrends/Dennis Kuck, Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: APuZ, 50 (2000) 39, S. 15–21; Anna Saunders, Ostdeutschland: Heimat einer xenophoben Tradition? In: Berliner Debatte Initial, 14 (2003) 2, S. 50–59.

12 Vgl. Dierk Borstel, Zukunftsperspektiven der demokratischen Kultur in Ostdeutschland: Zur Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Die neue rechte Herausforderung: Rechtsextremismus in Deutschland und Europa, Berlin 2005, S. 59–67; Uwe Backes, Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland. In: Totalitarismus und Demokratie, 4 (2007) 1, S. 17–43.

13 Vgl. Karsten Grabow, Abschied von der Massenpartei: Die Entwicklung der Organisationsmuster von SPD und CDU seit der deutschen Vereinigung, Wiesbaden 2000, der für Westdeutschland von „Volksparteien“ und für Ostdeutschland von „Rahmenparteien“ spricht. Vgl. die Zusammenfassung ebd., S. 293–296.

14 Vgl. Markus Linden, Feindliche Übernahme im Niemandsland? Bestimmungsgründe der jüngsten NPD-Erfolge. In: Deutschland Archiv, 40 (2007) 1, S. 20–28.

System und seinen etablierten Vertretern und erleichtern rechtsextremen Parteien das Werben um Zustimmung.[15]

Abschließend ist noch einmal auf die Rolle der Partei Die Linke hinzuweisen. Hat sie sich, wie oben ausgeführt, in Deutschland insgesamt vor allem als Protestpartei präsentiert und auf diese Weise das Wählerpotential der extremen Rechten geschmälert, so ist ihre Rolle in einigen der neuen Bundesländer eine andere. Dort ist sie, wie in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg, bereits als Regierungspartei in Erscheinung getreten oder dazu bereit. Dadurch wird sie von vielen Wählern als Teil des Establishments wahrgenommen und kommt zumindest für einen Teil nicht mehr als Protestalternative in Frage. Diese Funktion können dann die Rechtsaußenparteien wahrnehmen.

2. Akteurseigenschaften

Die Erfolglosigkeit der extremen Rechten in Deutschland ist nicht nur eine Folge bestimmter Rahmenbedingungen. Sie beruht auch auf hausgemachten Schwächen der Rechtsaußenparteien. An erster Stelle ist hierbei die Zersplitterung der extremen Rechten zu nennen, die eine deutsche Besonderheit darstellt. Zwar gibt es auch in anderen Ländern immer mal wieder eine Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen Anbietern von Rechtsaußenpositionen,[16] nirgendwo herrscht parteipolitisch aber eine solche Vielfalt wie in der Bundesrepublik. Die mittlerweile „klassischen" Widersacher sind NPD, DVU und REP. Hinzu kommen regelmäßig rechtsextreme Kleinstgruppen, Abspaltungen, populistische Newcomer oder diverse Versuche, eine Alternative rechts von CDU und CSU zu gründen. Zählt man die Stimmen dieser Gruppierungen zusammen, so wird deutlich, dass es für Rechtsaußenparteien häufiger möglich gewesen wäre, in Landesparlamente einzuziehen.[17] Diese Zersplitterung gilt gemeinhin als eine der wichtigsten Ursachen für den ausbleibenden Erfolg der extremen Rechten in Deutschland.[18]

Neben seiner Zerstrittenheit hat das extrem rechte Parteienlager in Deutschland weitere Schwächen aufzuweisen, die mit der Erfolglosigkeit in Zusammen-

15 Vgl. Erik Gurgsdies, Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit – Wasser auf die Mühlen rechtsextremistischer Parteien. Anmerkungen anlässlich der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im Lichte neuer empirischer Untersuchungen. In: Deutschland Archiv, 40 (2007) 2, S. 215–222.

16 So in Frankreich nach der Spaltung des Front National. In Italien haben die wichtigsten Rechtsparteien unterschiedliche regionale Schwerpunkte.

17 Das gilt für die Landtagswahlen in Hamburg 1993 und 1997, Mecklenburg-Vorpommern 1998, Sachsen 1999, Sachsen-Anhalt 2002, Bremen 2003.

18 Vgl. Backes, Ende der Mobilisationsschwäche, S. 207; Richard Stöss, Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Band 14, Berlin 2005, S. 41–59, S. 47; Frank Decker, Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland: Die Schill-Partei. In: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus: Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 223–242, hier 227.

hang stehen. So hat die extreme Rechte in Deutschland bislang kaum charismatische Persönlichkeiten hervorgebracht. Charismatischen Führern von Rechtsaußenparteien wird jedoch häufig eine besondere Bedeutung für die Stellung und den Wahlerfolg „ihrer" Partei zugeschrieben.[19] In der Tat sind die Erfolge der FPÖ ohne Jörg Haider, die des Front National ohne Jean-Marie Le Pen oder die der Lega Nord ohne Umberto Bossi nicht vorstellbar. Die extreme Rechte in der Bundesrepublik hat bislang keinen derartigen herausragenden Parteiführer hervorgebracht. Allenfalls Ronald Schill (Schill-Partei) und Franz Schönhuber (REP) verfügten über ein gewisses Charisma. Derzeit sind aber selbst derartige Personen nicht in Sicht. In den letzten Jahren blieben die Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten der wichtigsten Rechtsaußenparteien farblos bzw. der Masse der Wähler unbekannt. Eine Integrationsfigur für das gesamte Rechtsaußenlager fehlt. Vor diesem Hintergrund haben personenorientierte Wahlkämpfe, die im europäischen Ausland häufig der Schlüssel zum Erfolg der extremen Rechten waren, in Deutschland wenig Aussicht auf Erfolg.

Berücksichtigung verdient außerdem das Personal unterhalb der unmittelbaren Führungsebene. Wie sich in jüngster Zeit bei der sächsischen NPD gezeigt hat, kommt diesem gerade beim Fehlen eines herausragenden Parteiführers große Bedeutung für den Wahlerfolg zu.[20] Weniger für das Abschneiden bei Wahlen aber umso mehr für die Aussichten einer dauerhaften Etablierung sind Kompetenz oder Politikfähigkeit der Vertreter der extremen Rechten wichtig. So hat zum Beispiel die DVU durch das blamable Auftreten ihrer Mandatsträger in deutschen Landtagen die durch kurzfristige Erfolge günstige Ausgangsposition auf eine langfristige Stabilisierung regelmäßig selbst verspielt.[21] Der extremen Rechten fehlen in Deutschland über weite Strecken und in den meisten Regionen eine starke organisatorische Basis und leistungsfähige Infrastruktur. Erfolgreiche Gruppierungen im europäischen Ausland wie der Front National haben

19 Zur Bedeutung charismatischer Führungspersonen für die extreme Rechte vgl. Roger Eatwell, Charisma and the Revival of the European Extreme Right. In: Jens Rydgren (Hg.), Movements of Exclusion: Radical Right-Wing Populism in the Western World, New York 2005, S. 101–120; Paul Taggert, New Populist Parties in Western Europe. In: West European Politics, 18 (1995) 1, S. 34–51, hier 40–42; Andreas Schedler, Anti-Political Establishment Parties. In: Party Politics, 2 (1996) 3, S. 291–312, hier 301 f.; Reinhard Heinisch, Die FPÖ– Ein Phänomen im Internationalen Vergleich: Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33 (2004) 3, S. 247–261, hier 251 f.

20 Vgl. Reiner Burger, Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Band 14, Berlin 2005, S. 73–88; Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen: Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005.

21 Vgl. Backes, Ende der Mobilisationsschwäche, S. 207 f. Zum schwachen Bild, das die DVU in deutschen Parlamenten meist abgab vgl. Matthias Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien: Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion" im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997; Jürgen Hoffmann, Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 12, Baden-Baden 2000, S. 240–252.

sich zum Beispiel über viele Jahre einen starken Parteiapparat und ein dazugehöriges Netzwerk von Vorfeldorganisationen aufgebaut. Die Partei Le Pens sitzt seit 1984 ohne Unterbrechung im Europäischen Parlament und verfügte über Hunderte kommunaler Mandatsträger, darunter auch Bürgermeister. Die Führungsspitze des FN besteht aus Akademikern und verzeichnete schon früh relevante Übertritte aus den konservativen Parteien.[22] Keine der deutschen Rechtsaußenparteien hat auch nur annähernd ähnlich starke Strukturen.

Wenn die extreme Rechte in Deutschland überhaupt über handlungsfähige Organisationsstrukturen verfügt, so sind diese eher in den neuen Bundesländern zu suchen. Hier könnte eine Ursache für das relativ gute Abschneiden insbesondere der NPD in Ostdeutschland liegen. Die Partei hat sich bewusst dafür entschieden, ihre Ressourcen in den neuen Bundesländern zu konzentrieren. Sie hat nämlich erkannt, dass sie in eine Lücke stoßen und auf diese Weise Schritt für Schritt eine starke Position erringen kann. „Politisch gesehen ist Ostdeutschland ein herrenloses Land. [...] Linke ziehen weg, doch unsere Leute bleiben hier", formulierte der NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski (Mecklenburg-Vorpommern) im Jahr 2006 gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.[23] Die Tatsache, dass Ostdeutschland sich in einem Transformationsprozess befindet, dort keine voll entwickelte Zivilgesellschaft vorzufinden ist und die etablierten Parteien nicht fest verankert sind, macht es neuen politischen Akteuren und somit eben auch rechtsextremen Gruppierungen leichter, Fuß zu fassen. Indem NPD-Funktionäre gezielt in entsprechende Regionen ziehen, um dort Parteistrukturen aufzubauen, gehen sie einen Weg, der ihnen Erfolg versprechend erscheint.[24]

Das stärkere Abschneiden der extremen Rechten bei Wahlen in Ostdeutschland ist also nicht nur darauf zurückzuführen, dass sie dort bessere Rahmenbedingungen als im Westen vorfindet. Vielmehr ist es als Resultat eines Zusammenspiels von Rahmenbedingungen und Akteurseigenschaften bzw. -strategien zu sehen. Die Rechtsaußenparteien haben natürlich erkannt, dass in den neuen Bundesländern andere Voraussetzungen herrschen als in den alten. Sie richten ihre Strategien bewusst auf diesen Umstand aus. Auch bei den Wahlen des Jahres 2009 war zu beobachten, dass rechtsextreme Parteien sich auf Ostdeutschland konzentrierten bzw. ihr Agieren auf spezifische ostdeutsche Rahmenbedingungen einstellten. So führte die DVU einen Schwerpunktwahlkampf

22 Vgl. zur Organisation des FN Jean-Yves Camus, Front national: Eine Gefahr für die französische Demokratie? Bonn 1998, S. 59–106; Edward G. DeClair, Politics on the Fringe: The People, Policies, and Organization of the French National Front, Durham/London 1999, S. 138–171; Harald Bergsdorf, Ungleiche Geschwister: Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN), Frankfurt a. M. 2000, S. 213–216.

23 Vgl. FAS vom 3. 9. 2006, S. 5.

24 Vgl. dazu Werner Treß, Strategie und Taktik der NPD und ihres neonazistischen Umfeldes in Brandenburg. In: Julius Schoeps u. a. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg: Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin 2007, S. 137–148, wo das Vorgehen der NPD als Verdrängungsstrategie beschrieben wird.

in Brandenburg. Bei der NPD war es vor allem der thüringische Landesverband, der massive Unterstützung der Bundespartei erhielt. Die Kampagnen wurden dabei auch inhaltlich auf spezifische Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern ausgerichtet.

IV. Perspektiven der rechtsextremen Parteien

1. NPD

Die NPD ist derzeit die mitgliederstärkste und bei Wahlen erfolgreichste Rechtsaußenpartei in Deutschland. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Partei radikalisiert, aber auch modernisiert und professionalisiert.[25] Sie öffnete sich für die neonazistische sowie die subkulturell orientierte rechtsextremistische Szene und gewann dadurch eine Vielzahl neuer und vor allem junger Mitglieder. Sie verbesserte ihre organisatorische Handlungsfähigkeit, professionalisierte Inhalt und Layout ihrer Parteizeitung und entwickelte öffentlichkeitswirksame Kampagnen. Zentrale Stationen des Aufschwungs waren die Landtagswahlen 2004 in Sachsen und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern, bei denen der NPD der Einzug in das jeweilige Parlament gelang. Parallel dazu baute sie ihre kommunalpolitische Basis aus und steigerte die Zahl ihrer Mandate auf lokaler und regionaler Ebene erheblich.

Die Wahlen des Jahres 2009 haben allerdings gezeigt, dass die NPD diese Aufwärtsentwicklung nicht fortsetzen kann. Nur mit Mühe gelang der erneute Einzug in den sächsischen Landtag, nur in Thüringen konnte die Partei ihre Wählerbasis ausbauen. Der Ausgang aller anderen Wahlen 2009 war für sie enttäuschend. Zugleich gehen die Mitgliederzahlen der NPD in jüngster Zeit zurück.[26] Finanziell ist die Partei stark angeschlagen.[27] Sie sah sich in den letzten Jahren mehrfach mit dem Vorwurf konfrontiert, falsche Rechenschaftsberichte eingereicht zu haben und soll deshalb einen Teil der staatlichen Parteienfinanzierung zurückzahlen. Nach dem Tod eines wichtigen Finanziers der NPD, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jürgen Rieger, verschlechterte sich diese Situation 2009 weiter. Zudem zeigten sich in den vergangenen Monaten erhebliche innerparteiliche Konflikte über Personalfragen sowie Differenzen über die zukünftige Ausrichtung der Partei.

---

25 Zur These von der Modernisierung des deutschen Rechtsextremismus im Allgemeinen und der NPD im Besonderen vgl. Toralf Staud, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005; Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006.

26 Laut Angaben der Verfassungsschutzbehörden bundesweit von 7 200 im Jahr 2007 auf 7 000 im Jahr 2008. Vgl. Verfassungsschutzbericht des Bundes 2008, S. 68.

27 Vgl. Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland: Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns, Göttingen 2010, S. 240–243.

Alles in allem sind die Perspektiven der NPD daher ambivalent zu beurteilen. Mittelfristig dürfte sie vor allem in Ostdeutschland eine Zukunft haben. Hierfür sprechen sowohl die bereits erörterten Rahmenbedingungen in diesem Landesteil als auch das Profil der Partei. Eine wesentliche Voraussetzung für das erfolgreiche Agieren einer rechtsextremen Partei ist, dass sie die richtigen Themen besetzen kann.[28] Das heißt, ihre Kernkompetenzen müssen auf öffentliches Interesse stoßen und sie muss in Wahlkämpfen Schwerpunkte setzen, welche für die Bürger von Relevanz sind. Diese Voraussetzung zu erfüllen wird der NPD in Ostdeutschland leichter fallen als in Westdeutschland. Als ihr Markenkern kann zum einen ihre radikale Feindschaft gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik, zum anderen ihr nationalistisch aufgeladener Sozialprotest angesehen werden. Insbesondere mit dem zweiten Aspekt ihrer inhaltlichen Ausrichtung hat die NPD ein in Ostdeutschland erfolgsträchtiges Image gewonnen. Sie besetzt aktuelle soziale Themen und schafft es, sich als Kraft zu inszenieren, die diesen Problemen gegenüber den Etablierten Geltung verschafft. Arbeitslosigkeit, Hartz IV, die Anpassung der Lebensverhältnisse an Westniveau, Abwanderung und die strukturelle Schwäche der ländlichen Regionen stehen dabei an vorderster Stelle.

In den alten Bundesländern fällt es ihr ungleich schwerer, eine solche Rolle einzunehmen. Zum einen sind dort andere Themen von Bedeutung. So spielte zum Beispiel bei den letzten Landtagswahlen in fast allen westlichen Bundesländern die Bildungspolitik für eine große Zahl der Bürger eine entscheidende Rolle.[29] Zum anderen ist die NPD in Westdeutschland eben nicht die Partei, die in erster Linie mit Sozialprotest in Verbindung gebracht wird. Vielmehr wird ihr diese Position durch die neue Partei „Die Linke“ streitig gemacht. Während diese in den neuen Ländern zu den etablierten Parteien gezählt werden kann, nimmt sie in den alten genau jene Funktion als Träger des sozialen Protests wahr, welche die NPD für sich entdeckt hat. Das in dem Slogan „Sozial geht nur national“ zusammengeführte Profil der NPD schafft in den neuen Bundesländern die Voraussetzung zur Besetzung der richtigen Wahlkampfthemen. In Westdeutschland entfaltet es diese Wirkung jedoch nicht in demselben Maße. Zwar versucht die NPD, auch andere Themenfelder zu bedienen, ihr Markenkern ist jedoch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wesentlich erfolgsträchtiger als auf dem der alten Bundesrepublik.

---

28 Vgl. hierzu Henrik Steglich, Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutschland: Die Bedeutung der Wahlkampf-Themen. In: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hg.), Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 55–74 sowie ausführlich Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland.

29 Vgl. dazu z. B. Viola Neu, Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar 2008, Berlin 2008, S. 56 und 93; dies., Landtagswahlen in Hessen am 18. Januar 2009, Onlinepublikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2009, S. 6; dies., Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein am 27. September 2009, Onlinepublikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2009, S. 74.

Andere Konstellationen von Rahmenbedingungen und Akteurseigenschaften sprechen ebenfalls dafür, der Partei vor allem in Ostdeutschland eine politische Perspektive zuzusprechen. So fällt in den neuen Bundesländern die Schwäche der etablierten Parteien mit der (relativen) Stärke von NPD-Strukturen zusammen. Dies dürfte angesichts der von der NPD in jüngster Zeit verfolgten Strategie auch so bleiben. Sie verfolgt das Ziel einer kommunalen Verankerung, wobei der Schwerpunkt in Ostdeutschland liegt. Dort stößt sie insbesondere im ländlichen Raum in eine Lücke, die durch das Fehlen oder die Schwäche anderer politischer Akteure entsteht. Aufgrund ihres Charakters und ihres Vorgehens gelingt es der NPD dabei, den Mangel an finanziellen Ressourcen auszugleichen. Sie erhält Zulauf, steigert die Zahl ihrer kommunalen Mandatsträger, saugt das Personenpotential anderer Vereinigungen der extremen Rechten auf und schafft so stabile Strukturen, mit denen sie auch ohne viel Geld zu effektiven Wahlkämpfen in der Lage ist. Demgegenüber ist die NPD insbesondere in den großen westdeutschen Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Hessen sehr schwach aufgestellt. Dort fehlt es ihr an finanziellen Ressourcen, funktionierenden Organisationsstrukturen und fähigem Personal. Dementsprechend wird die NPD auch weiterhin Schwierigkeiten dabei haben, größere Erfolge in den alten Bundesländern zu erzielen.

2. DVU

Die DVU ist 2009 auf ganzer Linie gescheitert und steht wohl vor dem Aus. Derzeit ist keine Zukunftsperspektive für die Partei zu erkennen. Das liegt auch daran, dass sich ihr Profil seit Anfang 2009 erheblich verändert hat. Die DVU hat die Stärken, die sie in der Vergangenheit hatte, eingebüßt, ohne neue zu entwickeln.

Unter dem Vorsitz von Gerhard Frey, der sein Engagement für die DVU 2009 einstellte, wurde die Partei autoritär geführt.[30] Frey entschied im Prinzip auch im Alleingang, zu welchen Wahlen die Partei antrat. Er konzentrierte sich dabei auf erfolgversprechende Wahlkonstellationen. Zugleich war er bereit, in erheblichem Umfang Geld in die Partei und ihre Wahlkampagnen zu investieren. Programmatisch und organisatorisch war die DVU unter seiner Führung weitgehend substanzlos. Die Partei – mit in weiten Teilen inaktiven Mitgliedern –

30 Zur Geschichte der DVU und ihres Gründers und Parteivorsitzenden Frey vgl. Anette Linke, Der Multimillionär Frey und die DVU: Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994; Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien; Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998; Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure: Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002; Stefan Mayer, Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 169–181.

reduzierte ihre Aktivitäten neben einigen Stammtischen auf die Herausgabe eines sehr knappen Parteiprogramms und die Artikulation inhaltsarmer Protestparolen. Durch die Kombination dieser Faktoren war die DVU hochflexibel: Die Parteiführung konnte frei entscheiden, anlässlich welcher Wahlen die aufwendigen Kampagnen stattfinden sollten. Sie konnte sich auf die Gewinnung von unzufriedenen Protestwählern konzentrieren, ohne sich über die Kohärenz und Plausibilität ihrer Forderungen Gedanken machen zu müssen. Und sie konnte Wahlkämpfe zentral, ohne Rücksicht auf regionale Gliederungen und Entscheidungsgremien planen und durchführen.

Die finanziell üppigen Wahlkämpfe der Vergangenheit wird es von Seiten der DVU aller Voraussicht nach nicht mehr geben. 2009 war sowohl bei der Europawahl als auch bei der Landtagswahl in Brandenburg bereits zu erkennen, dass die Ressourcen nicht mehr für die „Materialschlachten" früherer Jahre ausreichen. Seitdem hat sich die Situation erheblich verschlechtert. In Medienberichten war mehrfach von einer (Beinahe-)Pleite der Partei die Rede.[31] Auf Internetportalen des rechtsextremen Spektrums wurde die missliche finanzielle Lage der DVU ebenfalls intensiv diskutiert. Die Partei muss aufgrund der schlechten Wahlergebnisse mit einem erheblichen Rückgang der staatlichen Finanzierung rechnen. Der Multimillionär Frey hat sich nicht nur vom Parteivorsitz zurückgezogen, sondern ist wohl auch nicht mehr bereit, sein Geld zur Verfügung zu stellen. Bislang ist niemand an seine Stelle getreten, der die entstandene Lücke durch größere Spenden oder Darlehen zu schließen willens und in der Lage wäre.

Die DVU hat aber auch keine Organisationsstrukturen und engagierten Kader, die diese finanzielle Ressourcenknappheit ausgleichen könnten. Während die NPD über eine im Schnitt recht junge und engagierte Mitgliederbasis verfügt und zudem auf Unterstützung aus dem Neonazispektrum zurückgreifen kann, ist die Anhängerschaft der DVU überaltert und weitgehend inaktiv. Der Ruf der DVU als „Phantompartei"[32] ist nicht unberechtigt. Die Parteistruktur mit ihrer Münchener Zentrale war über viele Jahre darauf angelegt, eine lokale Verankerung zu verhindern. Landesverbände oder lokale Funktionäre konnten kein eigenes Profil entwickeln. Kommunalpolitiker der Partei waren dementsprechend eine Ausnahmeerscheinung, eigenständige Aktivitäten von Gliederungen kaum feststellbar. Diesbezüglich eine Änderung herbeizuführen scheint nur sehr schwer und mit längerem Vorlauf möglich. Gegenwärtig ist die DVU noch immer eine anonyme Partei mit einer inaktiven, ja schon apathisch zu nennenden Basis. Und selbst diese „schweigende Parteibasis" bricht mehr und mehr weg. Die Mitgliederverluste der DVU in den letzten Jahren sind dramatisch. Um

31 Vgl. z. B. „DVU offenbar vor der Pleite". In: Süddeutsche Zeitung vom 23.1.2010.

32 So Der Spiegel, Nr. 16/1992, S. 68: „Aus dem Keller: Eine rechtsextreme Phantompartei ohne Personal und Organisation ist durch den Wählerprotest nach oben geschwemmt worden." Vgl. auch Uwe Backes/Patrick Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland: Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen, München 1994, S. 64 f.

dies zu ändern, wäre zumindest fähiges und auf die eigene Anhängerschaft mobilisierend wirkendes Führungspersonal vonnöten. Die Partei hat aber weder einen charismatischen Parteiführer noch einen fähigen Apparat zu dessen Unterstützung. Unzufriedenheit der wenigen Aktivisten, parteiinterner Zwist und eine Abwanderung zu anderen Gruppierungen sind die Folge.

Die DVU wird aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren entweder ein Schattendasein führen oder ganz von der politischen Bühne verschwinden. In Westdeutschland war sie ohnehin nur in ausgewählten Ländern, insbesondere den Stadtstaaten, in Erscheinung getreten. Ohne Geld ist ein Comeback dort für die Partei jedoch nicht vorstellbar. Aber auch die günstigeren Rahmenbedingungen in Ostdeutschland wird die DVU kaum nutzen können. Als Protestpartei fände sie dort zwar einen fruchtbaren Boden vor. Zwischenzeitlich ist die Konkurrenz der NPD jedoch viel zu stark. Die DVU hat es nach einigen Wahlerfolgen in den neuen Bundesländern versäumt, funktionierende Parteistrukturen zu etablieren. Heute ist es dafür zu spät, da sich die NPD fast überall bereits eine „Monopolstellung" im rechtsextremen Lager geschaffen hat.

3. REP

Bei den REP handelt sich um die am wenigsten radikale der heutigen deutschen Rechtsaußenparteien.[33] Sie grenzen sich selbst strikt vom extremistischen Spektrum ab und werden auch nicht (mehr) von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Das Ziel der Partei besteht darin, sich zwischen NPD und CDU/CSU zu positionieren und so ein „demokratisches konservatives Gegengewicht" zum aus REP-Sicht immer weiter nach links rückenden politischen Establishment zu bilden.

Die fremdenfeindliche Ausrichtung der Partei ist allerdings unübersehbar. Sie wirbt offensiv für ihre Vorstellungen von einer homogenen Kulturnation. Der entsprechende Anti-Zuwanderungskurs der REP wurde dabei in jüngster Zeit durch eine Fokussierung auf den Islam aktualisiert und zugespitzt. Mit dieser Thematik versuchen die REP ein Thema zu besetzen, das Rechtsaußenparteien in anderen Ländern Europas zum Teil hohe Zustimmungsraten beschert hat. Gruppierungen wie der Vlaams Belang (VB, früher Vlaams Blok) in Belgien oder die Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden agieren mit ihrem gegen muslimische Zuwanderer gerichteten Populismus sehr erfolgreich. An derartige Erfolge konnten die REP bislang allerdings nicht anknüpfen. Vielmehr geht die Zustimmung zu der Partei in den letzten Jahren beständig zurück. Die

33 Zur Geschichte der REP vgl. Richard Stöss, Die „Republikaner": Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln 1990; Hans-Gerd Jaschke, Die Republikaner: Profile einer Rechtsaußenpartei. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage Bonn 1993; Bergsdorf, Ungleiche Geschwister; Stephan Thomczyk, Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994, Konstanz 2001.

Wahlergebnisse von 2009 bestätigen dabei nur einen kontinuierlichen Bedeutungsverlust der REP in den letzten Jahren.

Ein Umschwung erscheint derzeit wenig wahrscheinlich. Die REP haben einen massiven Rückgang der Mitgliederzahlen und finanziellen Ressourcen zu verzeichnen. Damit fehlen ihnen für die Zukunft die Voraussetzungen, eigene Stärken zu entwickeln und wirkungsvoll um Wähler zu kämpfen. Die REP erlebten in den letzten Jahren einen geradezu rasanten Zerfall ihrer organisatorischen Strukturen. Von den etwa 20 000 Mitgliedern zu Beginn der 90er Jahre ist mittlerweile noch etwa ein Viertel übrig.[34] In nur vier Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen) verfügen die REP überhaupt noch über funktionsfähige Landesverbände. Aber auch in diesen früheren Hochburgen ist der Niedergang der Partei unübersehbar. Dieser Zustand offenbart sich bei der Betrachtung der kommunalen Verankerung der Partei. Die REP stellten in ihren besten Jahren Hunderte Mandatsträger. In Hessen kamen sie bei der Kommunalwahl 1993 auf ein landesweites Ergebnis von 8,3 Prozent und wurden damit vor der FDP viertstärkste Partei.[35] In Bayern errangen sie 1990 bei den Wahlen zu den Stadträten und Kreistagen mehr Mandate als Grüne und FDP. Von einer derartigen Präsenz ist die Partei inzwischen weit entfernt. Seit Anfang der 90er Jahre geht die Zahl ihrer gewählten Mandatsträger fast überall kontinuierlich zurück.[36] Diese Schwächung hängt eng mit dem politischen Kurs des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer aber auch mit seinem Führungsstil zusammen. Viele REP-Aktivisten verließen die Partei, weil sie gegen die strikte Abgrenzung gegenüber anderen Gruppierungen im Lager der extremen Rechten sind.[37] Die Weigerung der Parteiführung, mit NPD und DVU zu kooperieren oder zumindest Wahlabsprachen zu treffen, stieß in Teilen der Basis auf Unverständnis. Auch die Distanzierung von extremistischen Positionen und die damit einhergehende Veränderung des Profils der REP fanden nicht die Zustimmung aller Mitglieder und Anhänger. Enttäuschung und Frustration herrscht aber auch bei vielen noch in der Partei verbliebenen Aktivisten. Eine Reihe von kommunalen Mandatsträgern ist nur noch zur politischen Arbeit in ihrer jeweiligen Stadt oder Gemeinde bereit. Ein Engagement für den Landes- oder Bundesverband wird hingegen abgelehnt. Angesichts dieses Zustandes der Partei kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass sie in Zukunft organisatorische und personelle

34 Zur Mitgliederentwicklung der REP vgl. Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland, S. 257 f. Für 2007 gab die Partei in ihrem Rechenschaftsbericht die Zahl ihrer Mitglieder mit 6 666 an. Vgl. Bundestagsdrucksache Nr. 16/12551, S. 47. Die Verfassungsschutzbehörden schätzten das Mitgliederpotential der REP bereits 2006 auf nur noch 6 000 Personen. Seitdem dürfte sich die Zahl weiter verringert haben.

35 Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes zu den Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen.

36 Zum Beispiel in Bayern von 398 Mandaten bei der Kommunalwahl 1990 auf 53 Mandate bei der von 2008, in Baden-Württemberg von 106 im Jahr 1989 auf 16 im Jahr 2009 und in Hessen von 273 bei der Kommunalwahl 1993 auf 52 bei der von 2006.

37 Diese Einschätzung findet sich auch bei Ralf Grünke, Geheiligte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern, Baden-Baden 2006, S. 90 und 94.

Ressourcen in einer relevanten Größe als Aktivposten in Wahlkämpfe einbringen kann.

Finanziell haben die REP ebenfalls drastische Einschnitte hinnehmen müssen. Während in den 90er Jahren noch jährliche Einnahmen von zum Teil deutlich über fünf Millionen Euro zu verzeichnen waren, wird gegenwärtig kaum noch die Hälfte davon verbucht. Die Eingänge durch Mitgliedsbeiträge haben sich um fast zwei Drittel reduziert, die staatliche Parteienfinanzierung, der wichtigste Posten im Budget der REP, verringert sich kontinuierlich und in einem für die Partei erschreckenden Ausmaß. 2007 gingen nur noch 1,4 Millionen Euro aus staatlichen Geldern bei ihr ein. In den 90er Jahren waren es jährlich noch etwa 3 bis 5 Millionen.[38] Als problematisch erweisen sich insbesondere Wahlantritte, bei denen nicht einmal mehr die Hürde zur Erreichung der staatlichen Teilfinanzierung übersprungen wird. Das passierte den REP zuletzt immer häufiger. In Nordrhein-Westfalen (2005: 0,8 Prozent), Sachsen-Anhalt (2006: 0,5 Prozent), Berlin (2006: 0,6 Prozent), Bremen (2007: 0,5 Prozent), Hessen (2009: 0,6 Prozent), Sachsen (2009: 0,2 Prozent), Thüringen (2009: 0,4 Prozent), Brandenburg (2009: 0,2 Prozent) und bei der Bundestagswahl 2009 (0,4 Prozent) haben sie keinen Anspruch auf die staatliche Parteienfinanzierung mehr erwerben können. Die entsprechenden Wahlkämpfe haben Geld gekostet, ohne etwas eingebracht zu haben. Vor diesem Hintergrund könnte sich die Lage der Partei zukünftig noch zuspitzen. Jede bundesweite Wahl, bei der die REP unter 0,5 Prozent fallen, und jede Landtagswahl, bei der sie weniger als 1 Prozent erringen, schmälert das Wählerstimmenkonto der Partei, das eine der Grundlagen für staatliche Zuwendungen ist.[39]

Es spricht also viel gegen zukünftige Erfolge der REP. Abhängig von den vor Ort handelnden Personen werden regionale Hochburgen sicher noch eine Zeitlang weiter bestehen. Auf Landes- oder gar Bundesebene verfügen die REP aber weder über die nötigen Mittel zur Erringung eines Erfolgs, noch bieten sich ihnen die entsprechenden günstigen Gelegenheiten. In Ostdeutschland, wo die extreme Rechte auch zukünftig am ehesten auf Erfolge hoffen kann, existieren die REP faktisch nicht mehr. Die von der Partei in jüngster Zeit forcierte Ausrichtung von Programmatik und Wahlkämpfen auf den Themenkomplex Islam/muslimische Zuwanderung würde ihr dort ohnehin wenig nutzen. Diese Agenda eignet sich am ehesten für Kampagnen in westdeutschen Großstädten. Dort wiederum sind die REP nicht der einzige Anbieter von islamfeindlichem Populismus. Neue Gruppierungen wie die rechtsextreme „Bürgerbewegung Pro Köln" stellen eine starke Konkurrenz für die hinsichtlich ihrer Strukturen und ihres Führungspersonals eher verbraucht wirkenden REP dar.

38 Vgl. die durch den Deutschen Bundestag veröffentlichten Rechenschaftsberichte der REP.

39 Vgl. zur genauen Berechnung der Ansprüche der Parteien z. B. die Erläuterung zur Festlegung der staatlichen Mittel für 2007 in: http://www.bundestag.de/parlament/funktion/finanz/festsetz_staatl_mittel/finanz_07.pdf (Stand: 20. 3. 2008).

V. Fazit

Insgesamt erweist sich die Bundesrepublik seit vielen Jahren als stabile Demokratie. Rechtsaußenparteien bleiben in Deutschland ein Randphänomen. Die einzige Partei von zumindest regionaler Bedeutung ist die NPD. Sie agiert in den neuen Bundesländern relativ erfolgreich und ist dort in zwei Landtage eingezogen. Ursächlich für ihren Erfolg ist die Tatsache, dass in Ostdeutschland für die extreme Rechte günstigere Rahmenbedingungen als in Westdeutschland herrschen und die NPD eine an diese Umstände angepasste Strategie verfolgt. Die neuen Bundesländer befinden sich sowohl ökonomisch als auch bezüglich der Verankerung demokratischer Strukturen noch im Transformationsprozess. Die NPD macht sich dies zunutze. Sozialprotest, Kapitalismuskritik und gegen die westliche Wertegemeinschaft gerichtete Aussagen stellen einen wesentlichen Bestandteil ihrer Werbebotschaften dar. Während die etablierten politischen und gesellschaftlichen Akteure insbesondere im ländlichen Raum schwach sind, betreibt die NPD gerade dort „Aufbauarbeit". Somit hat sich die Partei sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen auf die Bedingungen einer Transformationsgesellschaft eingestellt und profitiert davon. Die anderen Rechtsaußenparteien sind derzeit auch deswegen erfolglos, weil sie keine vergleichbar erfolgversprechende Strategie verfolgen.